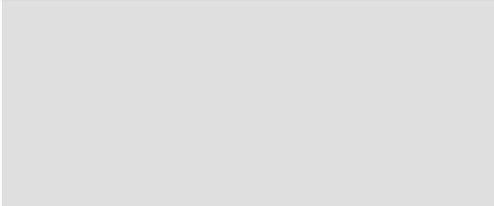


Absender:



An

Stadt Dortmund  
Ordnungsamt  
z.Hd. Herrn Korner  
Olpe 1  
  
44122 Dortmund

### Antrag auf Genehmigung eines Kategorie 2 Feuerwerkes außerhalb der Zeit von Sylvester

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit wird die Freistellung vom Verwendungsverbot des § 24 (1) der 1. SprengV (Bekanntmachung 31.01.91, BGB. 1,S.169) beantragt.

Die Kategorien 3 und 4 sollen nicht abgebrannt werden, daher ist auch kein Pyrotechniker mit Erlaubnis gemäß § 27 oder Befähigungsschein nach § 20 SprengG erforderlich.  
Ferner wird zur Beschaffung des vorgesehenen Kleinf Feuerwerks (Sonnen, Fontänen, Bombetten, etc.) die notwendige Ausnahmegenehmigung gemäß § 24 (1) der 1.SprengV [siehe hierzu § 21 (1)] beantragt.  
Es wird versichert, dass das Abbrennen des Kleinf Feuerwerks weder in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen sowie Reet- und Fachwerkhäusern, noch in der Nähe von brandempfindlichen Anlagen und Gebäuden stattfindet.

<b>Ort der Veranstaltung:</b> (Straße, HNr., PLZ, ggf. Lokalität)	
<b>Anlass der Veranstaltung:</b> (Personalien des Brautpaares, des Geburtstagskindes, der Firma)	

<b>Veranstaltungstag:</b>	
<b>* Uhrzeit:</b> (Beginn des Abbrennens)	
<b>* Dauer:</b>	

Die Genehmigung des Grundstückseigentümers liegt vor.

<b>Grundstückseigentümer:</b>	
-------------------------------	--

<b>Ort, Datum</b>	<b>Telefonnummer</b> (für evtl. Rückfragen)	<b>Unterschrift des Antragstellers</b>

\* § 11 Abs. 2 Landes-Immissionsschutzgesetz - LImSchG  
Das Feuerwerk darf höchstens 15 Minuten dauern und muss um 22.00 Uhr, in den Monaten Mai, Juni und Juli um 22.30 Uhr beendet sein, in dem Zeitraum, für den die mitteleuropäische Sommerzeit eingeführt ist, darf das Ende des Feuerwerks um eine halbe Stunde hinausgeschoben werden.  
Die örtliche Ordnungsbehörde kann bei Veranstaltungen von besonderer Bedeutung Ausnahmen zulassen.

# Merkblatt

In der Stadt Dortmund wird eine Genehmigung zum Abbrennen eines privaten Feuerwerks der Kategorie 2 (sogenanntes Silvesterfeuerwerk) nach der hiesigen Verwaltungspraxis lediglich in Einzelfällen bei Vorliegen eines begründeten Anlasses auf Antrag gewährt.

Der Antrag ist mindestens 14 Tage vor dem geplanten Abbrennen der Pyrotechnik beim Ordnungsamt Dortmund schriftlich einzureichen.

Begründete Anlässe sind:

- **Hochzeiten und Polterabende**
- **runde Geburtstage ab dem 50'zigsten Lebensjahr**
- **Firmenjubiläen.**

Darüber hinaus wird die Genehmigung von hier in der Regel mit folgenden Auflagen und Bedingungen versehen:

- Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen sowie Reet- und Fachwerkhäusern ist gem. § 23 Abs. 1 der 1. SprengV verboten.
- Die Dauer des Feuerwerkes darf 15 Minuten nicht übersteigen
- Der Schutz der Nachtruhe gem. § 9 des LImSchG NRW wird zugrunde gelegt
- Es dürfen keine reinen Knalleffekte, wie Kanonen-/Donnersschläge, Pfeifer oder China-Böllern, abgebrannt werden
- Die pyrotechnischen Effekte dürfen eine Steighöhe von max. 50 m nicht überschreiten
- Das Abbrennen der pyrotechnischen Gegenstände darf nur vom Antragsteller bzw. durch eine vom Antragsteller beauftragte pyrotechnische Firma durchgeführt werden
- Beim Abbrennen der Pyrotechnik ist die Gebrauchsanleitung des Herstellers zu beachten
- Der vorgesehene Abbrennplatz ist gegen unbefugtes Betreten entsprechend zu sichern
- Die Flugverkehrskontrollstelle des Flughafen-Dortmund ist mindestens 30 Minuten vor Beginn des Abbrennens der Pyrotechnik fernmündlich zu informieren
- Die durch das Abbrennen der Feuerwerke entstandenen Verunreinigungen sind zu beseitigen
- Die Ausnahmegenehmigung gilt vorbehaltlich der Genehmigung des Grundstückseigentümers

Sofern Zweifel an der Geeignetheit des Abbrennortes bestehen, wird im Einzelfall eine Ortbesichtigung durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes durchgeführt.

Die Polizei und Feuerwehr erhalten Kenntnis von den erteilten Ausnahmegenehmigungen und im Einzelfall wird die Einhaltung der gemachten Auflagen durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes überprüft.

***Für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 55,00 € erhoben.***